

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Die Rechnung wird nachgereicht  
**Autor:** Baumgartner, Jacques  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093259>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Rechnung wird nachgereicht

«Zum Kriegführen sind drei Dinge nötig», sagte der italienische Feldherr Gian Giacomo Trivulzio zum französischen König Ludwig XII: «Geld, Geld und nochmals Geld».

In Geld lässt sich das entstandene menschliche Leid als Folge der irakischen Aggression weder erfassen noch wiedergutmachen. Der Unterhalt von Streitkräften kostet schon in Friedenszeiten eine Unmenge Geld. Erst recht teuer wird es, wenn Armeen in Aktion treten oder, wie im Golfkrieg, treten *müssen*, um einen Diktator in die Schranken zu weisen. Beispielsweise kostete das Abfeuern einer einzigen amerikanischen Patriot-Rakete zur Abwehr einer irakischen Scud-Rakete sowjetischer Herkunft über 1 Mio Dollar.

## In dieser Nummer

<b>Autoritärer Übergang zur Demokratie?</b> .....	4
Aus einer innersowjetischen Diskussion	
<b>Das Jelzin-Interview</b> .....	6
Die äusserst umstrittenen Äusserungen des russischen Präsidenten	
<b>Patrouillen</b> .....	7
Aus der Chronik eines Moskauer Kommentators	
<b>Briefe</b> .....	8
50 Stunden Estland	
<b>SU-Soldaten in der Ex-DDR</b> .....	9
Keine Eingreif-Potenz mehr	
<b>Meine Frauenlogik</b> .....	9
Eine Sowjetbürgerin im Zitat	
<b>Lehren für heute?</b> .....	10
Im 19. Jahrhundert blühte Russland	
<b>Adel in der Sowjetunion</b> .....	12
<b>Thesen zur Neutralität</b> .....	13
Auftakt zu einer Diskussionsserie	

Das meiste Geld für den Unterhalt der Truppen am Golf erbrachten die USA, Grossbritannien und Frankreich, und zwar bezogen auf die nichtarabischen Partner der im Auftrag der Vereinten Nationen (UNO) gegen den Irak angetretenen Armeenallianz. Die Kriegskosten der Allianz beliefen sich während der Kampfhandlungen *pro Tag* auf 700 Mio Dollar bis 1 Mia Dollar, und gekämpft wurde 42 Tage lang.

### Eine «Hitliste»

Die Rechnungen für die Befreiung von Kuwait sind noch nicht gemacht. Sie werden aber nach- und herumgereicht werden, auch an Partner, die scheinbar am Krieg nicht beteiligt gewesen waren. Wer wieviel zu bezahlen hat, das ist schon jetzt eine Streitfrage. In den Hauptstädten der Allianz ist bereits aufgelistet worden, welche Staaten welche Erdölmengen aus dem Nahen Osten beziehen beziehungsweise wie gross ihre Energieabhängigkeit von arabischen Quellen ist. Man vergleicht die Erdölimporte jeweiliger Staaten mit ihrem Beitrag am Krieg gegen den irakischen Aggressor.

Diese «Hitliste» führt Italien an; 57 Prozent seiner «konsumierten» Energie beruht auf eingeführtem Erdöl. Es folgen Japan mit 54 Prozent, Südkorea mit 50 Prozent, Belgien, Frankreich und die Schweiz mit je 40 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland mit 37 Prozent, Österreich mit 33 Prozent, Schweden mit 26 Prozent und die USA mit 18 Prozent. Denkbar ist, dass «Profiteure» indirekt zur Kasse gebeten werden, indem auf deren Erdölimporte eine Sondersteuer zur Deckung der enormen Kriegskosten erhoben wird.

Die Amerikaner sind der Ansicht, dass sie aus dem Ausland einen beträchtlichen Teil ihrer Auslagen ersetzt bekommen. In Washington liegen aus dem Ausland bisher Zusagen für 51 Mia Dollar vor. Die Hälfte davon stammt aus Kuwait und Saudi-Arabien. Die Bundesrepublik Deutschland und Japan wollen zusammen 22 Mia Dollar beisteuern. Im amerikanischen Kongress wird unter anderem argumentiert, dass diese beiden Staaten als Weltwirtschaftsmächte von der Niederlage des Irak erheblichen Nutzen ziehen werden (das gilt auch für Staaten wie die Schweiz).

### Doppelte Erdölschwemme

Das Tempo, mit dem sich Irak, Kuwait und Saudi-Arabien von den Auswirkungen des Krieges erholen werden, hängt vom Erdölpreis ab. Die Aussichten auf einen hohen Barrel-Preis sind gering. Die arabischen Erdölstaaten werden ihre Fördermenge steigern. Es ist mit einer Schwemme auf den internationalen Mineralölmärkten zu rechnen. Das bedeutet Erdöl zu günstigeren Preisen. Der Preis für das Fass zu 159 Liter (ein Barrel) dürfte sich, wie vermutet wird, auf 18 bis 20 Dollar einpendeln, zum Vorteil für die Volkswirtschaften der Industrienationen.

Zu dieser mutmasslichen Erdölschwemme kommt eine andere, die es zu beseitigen gilt: Der Irak liess 7 bis 11 Mio Barrel kuwaitischen Erdöls in den Golf fliessen. Ferner steckten die Irakier mehr als die Hälfte der etwa 1000 kuwaitischen Erdölquellen in Brand. Die Beseitigung dieser Schäden am Land und im Meer wird ebenfalls Milliarden verschlingen. Der angerichtete Umweltschaden – der Umwelt-Terrorismus der Irakier – hat aber noch weitere Auswirkungen auf die gesamte Golfregion. So sind beispielsweise Tausende von Fischern betroffen. Die Fische in den Fanggebieten sind eingegangen.

### Folgen für die Weltwirtschaft

Von den Kriegsfolgen ist letztlich die gesamte Weltwirtschaft betroffen. Man nennt die USA unter anderem den «Weltwirtschaftsmotor». Schon vor dem Golfkrieg hatte dieser Motor gestottert. Die amerikanische Wirtschaft befand sich – nicht anders als die britische oder die schwedische – in einer Phase der Rezession. Die Amerikaner haben mit einem chronischen Haushaltsdefizit zu kämpfen. Dieses beträgt, unabhängig vom Golfkrieg, etwa 320 bis 350 Mia Dollar. Hinzu kommen jetzt noch die Kriegskosten. Das heisst, durch den Krieg hat sich das amerikanische Haushaltsdefizit verdoppelt.

In der Vergangenheit haben Kriege oft das Wirtschaftswachstum noch gefördert. Laut einigen Fachleuten werden vom Golfkrieg kaum stimulierende Auswirkungen auf die Industrieproduktion erwartet. Dieser Krieg sei «aus gefüllten Waffenarsenalen» geführt worden. Eine Notwendigkeit, diese wieder aufzufüllen, werde sich nicht ergeben, und

zwar aufgrund der veränderten internationalen Lage, der angestrebten Abrüstung.

Eine Konsequenz des Golfkrieges dürfte aber sein, dass in den nächsten Jahren neue Milliarden in die modernste Waffentechnik gelenkt werden. Die Rüstung erhält Auftrieb, denn nur im Märchen ist den Menschen ein Leben im Glück vergönnt, ohne dass sie dafür Opfer zu bringen haben. Aber auch im Märchen gibt es die Kräfte des Guten und des Bösen. Und, pro memoria: Die Beendigung des Kalten Krieges ist nicht eine Folge von Friedensmärschen; sie ist vielmehr auf die Bereitschaft des Westens zurückzuführen, sich im Falle eines Angriffs zu verteidigen. Und in diesem Falle war es unter anderem auch die finanzielle Opferbereitschaft, Unmengen von Geld für den Unterhalt von Streitkräften auszugeben. ■

## ZUSAMMENHÄNGE

### Schulterschlüsse in der UdSSR

**Die Sowjetunion hat ein Jahr multipler Konflikte hinter sich, Konflikte nationaler, politischer, gesellschaftlicher und politischer Art. Jetzt scheint sie in eine Ära gruppierter Konflikte einzutreten.**

Tatsächlich tut sich vieles zusammen, was keineswegs selbstverständlich zusammengehört. Die territorialen Unionsbewahrer (mitsamt ihren gegensätzlichen Bestandteilen von Reformfreunden und Reformfeinden) haben den Schulterschluss mit den Systembewahrern und mit Anhängern der alten russischen Dominanz vollzogen, bald unterstützt und bald angetrieben von den Führungsgremien machterhaltender Zentralinstitutionen wie Sicherheitsdienst, Innenministerium (mit eigenen Truppen) und den regulären Streitkräften (auf die von unten auch periphere Faktoren einwirken). Das bedeutet beispielsweise, dass antikommunistische oder akommunistische Pamjat-Leute ohne weiteres Seite an Seite mit altkommunistischen «Internationalisten» kämpfen in einer Aktionseinheit, die einstweilen die Vereinbarkeitsfrage unter sich begraben hat.

Auf der andern Seite ist es zu einer Solidarisierung unterschiedlichster Kräfte des Aufbegehrens gekommen. Von sozialer Unzufriedenheit getragene Gewerkschaften etwa unterstützen liberale Intellektuelle und Politpublizisten, deren Mentalität ihnen bis dahin fremd gewesen war. Vertreter des Rus-

sentums, das sich im Unterschied oder im Gegensatz zum sowjetischen System versteht, unterstützen die «antirussischen» Unabhängigkeitsbestrebungen von Randvölkern, auch wenn diese schon früher zum russischen Reich gehört hatten. Die politischen Ordnungserneuerer haben sich grossenteils in jene aufbegehrende Gemeinschaftsfront eingereiht oder sind von den Bewahrungskräften regelrecht dahin getrieben worden.

Es gibt noch keine gesamtsowjetische Oppositionspartei von Gewicht, aber man ist einer gesamtsowjetischen Opposition scheinbarer Einheitlichkeit näher gekommen als je zuvor.

Der jeweilige Zusammenhalt ist für die Zukunft in keiner Weise gewährleistet, aber er ist eine momentane Gegebenheit in einer wahrscheinlich entscheidenden Phase der gesamthaften Auseinandersetzung um ebendiese Zukunft.

Die so vereinfachte Auseinandersetzung ist unter anderem auch dadurch gekennzeichnet, dass die Seite der koalitierten Unions- und Systembewahrer über den Apparat und die Waffen verfügt, während die Koalition der Gegenseite den gesellschaftlichen Impetus hat und – immer deutlicher – auch die Bevölkerungsmehrheit. Speziell das militärische Eingreifen in Litauen zu Beginn dieses Jahres hat die Reihen derer anschwellen lassen, die sich gegen die (oder wenigstens gegen *diese*) Zentralmacht stellen.

Gerade jetzt lebt die Sowjetunion in einem Interim von Plebisziten, die einander ausschliessen. Nach Litauen haben am vergangenen Wochenende auch Estland und Lettland über ihre Souveränität abgestimmt, in Form einer «Volksbefragung», die das genaue Ausmass der Verbindlichkeit offenlässt. Von der Moskauer Zentrale aus betrachtet, sind solche separate Abstimmungen ohnehin ungültig.

Für den 17. März wiederum ist das gesamtsowjetische Referendum über die Beibehaltung einer erneuerten Union angesagt – eine paradoxe Fragestellung. Und auch hier wird darüber hinaus noch die Verbindlichkeitsfrage gestellt. Falls die Vorlage angenommen wird, bedeutet das grüne Licht für einen neuen Unionsvertrag. Aber diesem wiederum müssen die jeweiligen Republiken einzeln beitreten, und falls sie das nicht tun, bleiben sie draussen. Es sei denn, man zwingt sie mit Gewalt zur Unterzeichnung, und dann ist die freiwillige Vereinigung souveräner Sowjetrepubliken, die der Vertragsentwurf vorsieht, nicht einmal mehr als Fiktion aufrechtzuerhalten. Für ein solches

Resultat wäre eine offen verordnete Sowjetunion von Anfang an besser gewesen. Hier geht es nicht nur um Logik, sondern auch um den praktischen Streitfall. Bereits haben fünf Republiken angekündigt, dass sie dem Unionsvertrag nicht zustimmen werden. Was wird mit ihnen? Und was wird, falls man sie gewähren lässt, aus der UdSSR?

In Moskau – hier als russisch-sowjetische hauptstädtische Agglomeration gemeint und nicht als Zentrale – haben sich die Gegensätze um Personen von Rang kristallisiert. Hier der sowjetische Staatspräsident und KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow, dort der Parlamentspräsident (und De-facto-Staatspräsident) der Russischen Föderation, Boris Jelzin. Die Demonstrationen für oder gegen jeden der beiden (für oder gegen Jelzin in der praktischen Betonung) haben einander in den letzten Tagen abgelöst, mit grösseren Teilnehmerzahlen für Jelzin (dessen auslösendes Fernsehinterview wir in dieser Nummer auszugsweise bringen). Im persönlichen Gegensatz kommt auch der Gegensatz zwischen Russland und der Sowjetunion zum Ausdruck, ferner der Gegensatz zwischen Erneuerern und Konservativen oder wie immer man die ordnungspolitischen Kontrahenden nennen will.

Die Perestrojka hatte den politischen Pluralismus gebracht. Ihr Ende scheint den politischen Dualismus zu bringen, und zwischendrin ist immer weniger Platz.

*Christian Brügger*

### Doppelzustellung an Zeitbild-Abonnenten Eine Bitte

Das vorliegende Zeitbild und einige folgende Nummern werden im Rahmen einer Werbung weiteren Kreisen zugestellt. Dabei ist es nicht zu vermeiden, dass einzelne unserer Abonnenten diese Ausgaben doppelt erhalten. Wir bitten um Verständnis und Weitergabe der Werbenummern an einen Bekannten, der das Zeitbild noch nicht kennt. Vielen Dank!

*Redaktion und Administration*